



Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes

Parlamentarische Initiativen von Sabine Leidig, Herbert Behrens, Caren Lay, Karin Binder, Heidrun Bluhm-Förster, Eva Bulling-Schröter, Roland Claus, Annette Groth, Susanna Karawanskij, Kerstin Kassner, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Gesine Löttsch, Thomas Lutze, Birgit Menz, Kirsten Tackmann, Hubertus Zdebel, 26. April 2017

26.04.17 - Änderungsantrag - Drucksache Nr. 18/12129

Die Bundesregierung will weiterhin den Klageweg für Bürger und Umweltverbände gegen Straßenbauprojekte beschneiden. Die Liste der angeblich vorrangigen Projekte, für die der Klageweg auf das Bundesverwaltungsgericht verkürzt wird, wird an den neuen Bundesverkehrswegeplan angepasst. DIE LINKE lehnt das gesamte Verfahren ab. Zum einen ist es keine Beschleunigung, weil das Gericht überlastet ist. Zum anderen widerspricht es rechtlichen Grundsätzen, wenn ein Bundesgericht über Landesrecht urteilt.

Herunterladen als PDF

Hier spricht die Opposition

Den Newsletter *Hier spricht die Opposition* erhalten Sie wöchentlich per E-Mail – der bequemste Weg, immer aktuell informiert zu sein über die Aktivitäten und Initiativen unserer Fraktion. Abonnieren Sie jetzt!